



Vereinigte Industrieverbände

von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

VIV-INFO | 15/2013

Abgeordnete und Grundgesetz

Immer wieder wird an unsere Bundestagsabgeordneten die Frage gestellt, was sie denn in Berlin für die Region bewirkt haben. Falsche Frage! Nach Artikel 38 des

Grundgesetzes sind sie Vertreter des ganzen Volkes und nicht etwa dazu berufen, in besonderer Weise etwas für die Region zu tun, in der sie gewählt wurden. (So)

AC²: Kreis Düren unterstützt wachstumsorientierte Betriebe

Der Kreis Düren ruft heimische Mittelständler zur Teilnahme am Wettbewerb „AC² – die Wachstumsinitiative“ der GründerRegion Aachen auf. „Um wettbewerbsfähig in globalen Märkten zu agieren, muss das Innovationspotenzial in den mittelständischen Unternehmen gefördert werden“, erklärt Dürens Kreisdirektor Georg Beyß. Unternehmen einer Größe von fünf bis 250 Mitarbeitern sollten sich deshalb an der Initiative beteiligen, von deren kostenfreier professioneller Beratung sie profitieren könnten, so Beyß.

Die GründerRegion Aachen möchte Unternehmen dabei unterstützen, nachhaltige Wachstumsstrategien zu entwickeln und damit im besten Fall neue Arbeitsplätze zu schaffen. Um diese Ziele zu erreichen, stellt die Initiative kostenfrei jedem teilnehmenden Betrieb einen der 160 ehrenamtlichen AC²-Berater zur Verfügung und bietet acht Veranstaltungen zu unternehmensspezifischen und innovationsorien-

tierten Themen an. Darüber hinaus bietet das Projekt Zugriff auf externes Expertenwissen, neue Kontakte zu Unternehmen und Beratern sowie die Chance auf einen der AC²-Wachstumspreise.

Der Wettbewerb beginnt in Düren mit einer **Auftaktveranstaltung am Montag, 11. November 2013, ab 18.30 Uhr**, bei der GKD – Gebr. Kufferath AG.

Anmeldeschluss für die Teilnahme ist der 27. November 2013. Der Wettbewerb endet am 12. Mai 2014 mit der Prämierungsfeier der Wettbewerbstrias „AC² – Gründung, Wachstum, Innovation“ im Krönungsaal des Aachener Rathauses. Anmeldeunterlagen und weitere Informationen gibt es bei der GründerRegion Aachen unter Tel.: 0241 4460-350, info@ac-quadrat.de und unter www.ac-quadrat.de. (Dü)

Quelle: [Presseinformation IHK Aachen vom 12.09.2013](#)

Kurz notiert

Deutschland ist gut unterwegs

Deutschland ist gut unterwegs, sagen im Wahlkampf CDU und FDP. Die Oppositionsparteien zeichnen dagegen ein völlig anderes Bild: Deutschland ist ein Land von Niedriglöhnen und Prekariat und: gegen alles Übel der Republik hilft der Mindestlohn. Tagtäglich werden wir zugeordnet mit falschen Botschaften zur wirklichen Lage in Deutschland. Leider wird das am 22. September nicht vorbei sein. (So)

VIV-Info Wegweiser



Weitere Informationen erhalten Mitglieder im ExtraVIV



Bitte beachten Sie weitere Anhänge



Weitere Informationen auf Anfrage bzw. im ExtraVIV

Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützt zwei Forschungsprojekte des Dürener Traditionsunternehmens Heimbach

„Hochfeste Nanofilze“ sollen künftig den Papierherstellern noch besser bei der Energieeinsparung und Produktion helfen. Gemeinsam mit dem Institut für Textiltechnik der RWTH Aachen und weiteren Industrieunternehmen aus der Zulieferkette werden Nanopartikel in Fasern eingebracht, um die Haltbarkeit und den Energieverbrauch der Filze in der Papiermaschine zu verbessern. Die Kunden in der Papierindustrie könnten dadurch länger und besser produzieren und würden weniger Antriebsenergie benötigen. Die neu zu erforschenden textilen Bespannungen tragen somit positiv zum Klimaschutz bei, denn dadurch verringern sich auch die Treibhausgasemissionen bei der Papierherstellung.

„Enzymfilz“ als Funktionstextil bei der Käseproduktion

Ein weiteres Projekt, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert wird, beschäftigt sich mit „Enzymbeschichteten Funktionstextilien“. Sie sollen künftig Käseherstellern bei der Wiederverwendung von Molke helfen. Chemikalien werden durch intelligente Textiltechnik ersetzt, Kosten in der Käseherstellung reduziert. Die neuartige Kombination aus Filz und Enzymen soll die Molke zukünftig schonender und umweltfreundlicher entfärben. Durch die feste Verankerung auf dem Filz werden der Enzymverbrauch verringert und Kosten eingespart. Die Verbraucher erhalten dank umweltfreundlicher Enzyme natürliche, kostengünstigere und ansprechende Molkereiprodukte.

Parlamentarischer Staatssekretär Thomas Rachel überreicht Förderbescheide

„Uns freut besonders der zeitgleiche Erfolg der öffentlichen Forschungsanträge in unseren Geschäftsbereichen Filtrati-

on und Papiermaschinenbespannungen. Dies fördert unsere hausinterne Zusammenarbeit der FuE-Abteilungen und zeigt die Innovationskraft der verschiedenen Bereiche unseres traditionellen Familienunternehmens. Auch die Zusammenarbeit mit Zulieferern und Forschungseinrichtungen wird vertieft und es entstehen neue Forschungs- und Entwicklungsansätze“, so Peter Michels, Geschäftsführer der Heimbach-Gruppe.

Die Heimbach Filtration GmbH erhält eine anteilige Forschungszuwendung in Höhe von ca. 70.000 Euro über die Projektlaufzeit von 3 Jahren. Zusammen mit dem Projekt „Hochfeste Nanofilze“ sind dies für die Heimbach-Gruppe insgesamt 170.000 Euro Forschungsförderung. Überreicht wurden die beiden Bewilligungsbescheide von Thomas Rachel, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, persönlich vor Ort im Unternehmen.



v.l.: Peter Michels, Geschäftsführer der Heimbach-Gruppe, und Parl. Staatssekretär Thomas Rachel bei der Besichtigung des Unternehmens

Heimbach ist ein führender Lieferant innovativer industrieller Verbrauchsgüter und Dienstleistungen für die Papiererzeugung, die Umwelttechnik und andere ausgewählte Branchen. Die Heimbach-Gruppe beschäftigt weltweit ca. 1.500 Mitarbeiter an 14 Standorten, davon in Düren zurzeit ca. 650 Mitarbeiter. (Dü)

Kurz notiert

Werkverträge

– Missbrauch bekämpfen

Das wollen alle. Und manch einer zeigt sich erstaunt über „das ganze Ausmaß des Missbrauches“. Und fordert gleichzeitig die Bundesregierung auf, eine Studie zum Umfang des Missbrauches vorzulegen. Warum? Weil es zu den angeblich zahllosen Missbrauchsfällen überhaupt keine Zahlen gibt. Wie glaubwürdig ist das denn? Die Frage geht an den Ministerpräsidenten von Niedersachsen. Zum Beispiel. (So)

Meinungsforschung

Unsere Meinungsforscher sagen uns seit Monaten, wie die Bundestagswahlen ausgehen werden. Was machen wir mit unseren Meinungsforschern, wenn sich die Prognosen am Wahltag als großer Irrtum herausstellen sollten? Nicht mehr ernst nehmen! Und wenn sie Recht behalten? Auch dann sollten sie uns mit fast täglichen Wasserstandsmeldungen in Ruhe lassen. (So)

„Gemeinsame Erklärung zur psychischen Gesundheit in der Arbeitswelt“

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und der Deutsche Gewerkschaftsbund haben sich erstmals auf ein gemeinsames Grundverständnis zum Umgang mit psychischer Belastung in der Arbeitswelt geeinigt und dieses in einer „Gemeinsamen Erklärung der psychischen Gesundheit in der Arbeitswelt“ festgehalten.

Psychische Erkrankungen verursachen inzwischen etwa 13 % der Arbeitsunfähigkeitstage und stellen mittlerweile die häufigste Frühverrentungsursache dar. (AS)



„Gemeinsame Erklärung zur psychischen Gesundheit in der Arbeitswelt“

Auswahlhilfe für ein passendes Dokumentenmanagementsystem (DMS)

Ein DMS bildet einen wertvollen Baustein bei der Transparenz des Wissens innerhalb eines Unternehmens.

Das Forschungsinstitut für Rationalisierung (FIR) an der RWTH Aachen hat gemeinsam mit dem Aachener Marktanalytisten Trovarit AG eine aktualisierte, kostenlose Fassung des Whitepapers „Dokumentenmanagement – Was Sie über DMS und die richtige Auswahl wissen müssen“ veröffentlicht. Das Whitepaper

soll Unternehmen dabei unterstützen, das geeignete Dokumentenmanagementsystem zu finden und Fehlinvestitionen zu vermeiden. Das Whitepaper beschreibt die Software-Auswahl Schritt für Schritt und basiert auf dem am FIR entwickelten „3Phasen-Konzept“. Es steht auf der Internetseite des FIR unter der Rubrik „Über uns/Publikationen“ zum kostenlosen Download bereit. (Zi)

unternehmer nrw: Neue Ausgabe von „positionen...“: Ausbildung

Die duale Ausbildung ist eine zentrale Säule unseres Bildungs- und Beschäftigungssystems. Sie sichert den Unternehmen bedarfsgerecht ausgebildete Fachkräfte und eröffnet jungen Menschen mit unterschiedlichen Eingangsvoraussetzungen gute Beschäftigungsperspektiven. Die duale Ausbildung leistet einen wichtigen Beitrag zur Innovationsfähigkeit und ist ein Garant einer im internationalen Vergleich sehr geringen Jugendarbeitslosigkeit.

In der aktuellen Ausgabe von „positionen ...“ nennt unternehmer nrw die

wichtigsten Aspekte rund um das Thema Ausbildung, die für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen wichtig sind. Im Mittelpunkt stehen u. a. die Themen Ausbildungsmarkt und Bewerbermangel, Ausbildungsreife, Berufsorientierung und Berufsschule.

Sie finden diese Ausgabe der „positionen ...“ auf der Homepage www.undernehmer nrw.net unter dem Menüpunkt „Standpunkte“. (Dü)



„positionen ...“: Ausbildung

Leerstand greift um sich

Deutschland diskutiert steigende Immobilienpreise und horrende Mieten. Und das, obwohl nur 15 der 80 Millionen Bundesbürger in Regionen leben, in denen das Wohnen in den vergangenen Jahren tatsächlich teurer geworden ist. Vielmehr wird der Wohnungsleerstand zu einem immer größeren Problem – nicht nur für ländliche Regionen, sondern auch für Großstädte im Westen.

Das zeigen neue Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft. (So)



Pressemitteilung
IW Köln vom 05.09.2013

IMPRESSUM & KONTAKT

Herausgeber

Vereinigte Industrieverbände von Düren, Jülich, Euskirchen und Umgebung e.V.

Verantwortlich für den Inhalt

Hans-Harald Sowka

Kontakt

Vereinigte Industrieverbände e.V.
Tivolistraße 76
52349 Düren

FON 02421/4042-0

FAX 02421/4042-25

E-MAIL info@vivdueren.de

WEB www.vivdueren.de

Wohnungsmarkt

Leerstand greift um sich

Deutschland diskutiert steigende Immobilienpreise und horrende Mieten. Und das, obwohl nur 15 der 80 Millionen Bundesbürger in Regionen leben, in denen das Wohnen in den vergangenen Jahren tatsächlich teurer geworden ist. Vielmehr wird der Wohnungsleerstand zu einem immer größeren Problem – nicht nur für ländliche Regionen im Osten, sondern auch für Großstädte im Westen. Das zeigen neue Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW).

Die IW-Wissenschaftler haben für ihre Analyse die Nachfrage nach Wohnfläche für alle 402 Landkreise und kreisfreien Städte vorausberechnet. In verschiedenen Szenarien haben die Wissenschaftler unter anderem berücksichtigt, dass sich der Pro-Kopf-Bedarf an Wohnraum unterschiedlich entwickeln könnte.

Im Szenario mit konstantem Pro-Kopf-Bedarf ginge schon bis zum Jahr 2030 die Nachfrage nach Wohnraum in 240 der 402 Landkreise und kreisfreien Städte zurück. Davon betroffen wären sogar Metropolen wie Essen oder Dortmund. Am härtesten träfe die Entwicklung allerdings Regionen in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg. Den größten Zuwachs bei der Nachfrage hätten indes nicht etwa Berlin oder Hamburg, sondern das Münchner Umland, also Erding, Ebersberg, Dachau und Freising.

Doch ganz gleich, welches Szenario Realität wird: Im Jahr 2050 wird der Gipfel bei der Wohnungsnachfrage auf jeden Fall überschritten sein – selbst bei jährlich 200.000 Zuwanderern aus dem Ausland und einem weiteren Anstieg der Pro-Kopf-Nachfrage. IW-Immobilienexperte Professor Michael Voigtländer: „Wichtig ist, dass wir aus den absehbaren Entwicklungen die richtigen Schlüsse ziehen und mit einer Vielzahl langfristiger finanzieller Maßnahmen die Potenziale im ländlichen Raum bündeln.“

Ansprechpartner im IW: **Prof. Dr. Michael Voigtländer**, Telefon: 0221 4981-741

Leerstand wird zum Massenphänomen

Wohnungsmarkt. Verwaiste Häuser hier – lange Schlangen bei Wohnungsbesichtigungen dort: In Städten wie München und Hamburg ist Wohnraum knapp, begehrt und somit teuer. Auf dem Land dagegen stehen viele Wohnungen und Häuser leer. Da der demografische Wandel diesen Trend verstärkt, stehen die betroffenen Kommunen vor ganz neuen, schwierigen Herausforderungen.

Den Prognosen zufolge wird die Zahl der Einwohner in der Bundesrepublik in den kommenden Jahrzehnten deutlich zurückgehen. Bei einer Nettozuwanderung – die Dif-

ferenz aus Zu- und Abwanderung – von 100.000 Personen und einer Geburtenrate von 1,4 Kindern je Frau werden im Jahr 2060 lediglich noch knapp 65 Millionen Menschen

in Deutschland leben. Das ist über ein Fünftel weniger als heute.

Die Entwicklung verläuft allerdings regional recht unterschiedlich:

Nur die Bundesländer Hamburg, Berlin, Bremen und Bayern werden 2030 mehr Einwohner haben als heute, alle anderen verlieren Einwohner – die ostdeutschen und das Saarland sogar bis zu 20 Prozent.

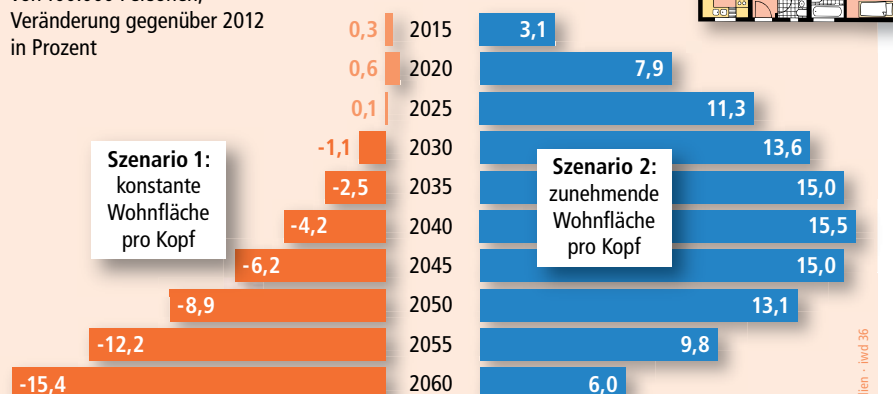
Zudem werden die Städte immer beliebter: Die jungen Leute schätzen sie, weil sie dort mobiler sind und bessere Ausbildungs- und Jobchancen haben. Für ältere Menschen sind die Städte attraktiv, weil sie dort mehr Freizeiteinrichtungen, Gesundheitsversorgung und Kulturangebote vorfinden.

Der Run auf die Großstädte wird das Überangebot an freien Wohnungen in den ländlichen Regionen noch verstärken – wie stark, hängt vom Pro-Kopf-Wohnkonsum ab:

Laut Statistischem Bundesamt wohnte der durchschnittliche, allein lebende Deutsche 2002 noch auf knapp 68 Quadratmetern; 2012 waren es nahezu 70 Quadratmeter.

Wohnraum in Deutschland – zwei Szenarien

Wohnflächennachfrage in Deutschland bei einer jährlichen Nettozuwanderung von 100.000 Personen, Veränderung gegenüber 2012 in Prozent



Nettozuwanderung: Einwanderung minus Auswanderung; Wohnfläche: Anzahl der Quadratmeter, die einer Person zur Verfügung stehen – sie variiert in der Regel mit dem Einkommen und dem Alter; zunehmende Wohnfläche: die Wohnflächennachfrage pro Kopf steigt bis 2060 noch um knapp 27 Prozent; Quelle: IW Köln

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien · iwv 36

Nach Analysen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) ist der Wohnflächenkonsum – die Anzahl der Quadratmeter, die einer Person in Abhängigkeit von Alter und Einkommen zur Verfügung steht – über alle Altersgruppen hinweg zwischen 1995 und 2011 um 21 Prozent gestiegen. Dies liegt daran, dass immer mehr Menschen allein leben und in Relation zu Mehr-Personen-Haushalten mehr Quadratmeter beanspruchen; zudem ist der Lebensstandard gestiegen.

Dieser Trend wird sich aber so nicht fortsetzen. Denn die Wohnfläche pro Kopf lässt sich realistisch betrachtet nicht beliebig ausweiten – und große Wohnungen verursachen auch höhere Energiekosten.

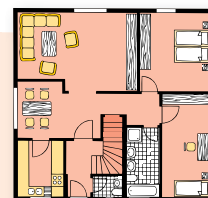
Vor diesem Hintergrund unterscheidet das IW Köln für die kommenden Jahrzehnte zwei Szenarien:

- **Szenario 1** orientiert sich am aktuellen Stand, das bedeutet, die Wohnfläche pro Kopf bleibt nahezu konstant. In diesem Fall würde die Nachfrage nach Wohnfläche nur noch bis 2020 steigen – und zwar um magere 0,6 Prozent (Grafik Seite 1). Das entspricht einer Nachfrage von jährlich 25.000 neuen Wohnungen.
- **Szenario 2** geht davon aus, dass die Deutschen in Zukunft in größeren Wohnungen leben wollen, also wird die Wohnfläche pro Kopf weiter zunehmen. Dann steigt die Nachfrage bis 2040 um insgesamt fast 16 Prozent – demnach würden jährlich rund 150.000 neue Wohnungen zusätzlich benötigt.

Diese bundesdeutschen Gesamtzahlen schlagen sich allerdings in den einzelnen Regionen sehr unterschiedlich nieder. Wie, das zeigt eine Berechnung des IW Köln für alle 402 Landkreise und kreisfreien Städte bis 2030. Mit dem stärksten Zu-

Eine Frage der Region

Kreise und Städte, in denen eine steigende Wohnflächennachfrage erwartet wird



Top 5	Veränderung 2030 gegenüber 2012 in Prozent (Szenario 1)	Veränderung 2030 gegenüber 2012 in Prozent (Szenario 2)	Bevölkerung 2011 in 1.000	Leerstandsquote 2011 in Prozent
Landkreis Erding (Bayern)	15,8	35,3	125,7	3,0
Landkreis Ebersberg (Bayern)	14,5	33,7	127,6	2,5
Landkreis Dachau (Bayern)	13,8	32,9	138,7	2,9
Landkreis Freising (Bayern)	13,6	32,7	162,8	2,8
München (Bayern)	13,5	32,5	1.348,3	2,1

Kreise und Städte, in denen eine sinkende Wohnflächennachfrage erwartet wird

Landkreis Mansfeld-Südharz (Sachsen-Anhalt)	-23,5	-10,6	147,9	7,8
Landkreis Altenburger Land (Thüringen)	-22,7	-9,7	96,7	12,1
Suhl (Thüringen)	-22,6	-9,8	37,0	8,2
Landkreis Salzlandkreis (Sachsen-Anhalt)	-21,9	-8,8	205,5	10,2
Landkreis Anhalt-Bitterfeld (Sachsen-Anhalt)	-21,7	-8,5	172,1	9,1

Ausgewählte Großstädte

Hamburg	7,1	25,1	1.706,7	1,6
Frankfurt am Main	6,8	24,7	667,9	2,6
Berlin	6,4	24,3	3.292,4	3,5
Stuttgart	3,0	20,2	585,9	3,7
Dortmund	-4,4	11,6	571,1	3,9

Szenario 1: konstanter Wohnflächenkonsum pro Kopf, Szenario 2: zunehmender Wohnflächenkonsum pro Kopf; Quellen: IW Köln, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - Iwd 36

wachs an Wohnflächennachfrage müssen demnach erstaunlicherweise nicht Großstädte wie Berlin oder Hamburg rechnen, sondern das Umland von München (Grafik).

Der größte Leerstand droht in Ostdeutschland. Mancherorts wird 2030 jede fünfte Wohnung überflüssig sein.

Allerdings wird es auch in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen viele verwaiste Wohnungen geben. So wird für den Kreis Salzgitter beispielsweise ein Nachfragerückgang von 17 Prozent erwartet, für Remscheid ein Rückgang von knapp 14 Prozent.